

Informationen: www.nolager.de

+++

17.9.2005

Protest gegen Abschiebe-Lager Bramsche

Behörden drängen Flüchtlinge zur "freiwilligen" Ausreise

Mit einer "öffentlichen gewaltfreien Inspektion und Demonstration" wollen das

Komitee für Grundrechte und Demokratie und das No-Lager-Netzwerk am 24. September gegen das Abschiebelager im niedersächsischen Bramsche (bei Osnabrück) protestieren. Mehr als 500 Menschen leben dort in einer ehemaligen

Bundeswehrkaserne - abgelehnte Asylbewerber ungeklärter Identität etwa oder Asylsuchende, deren Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, von den Behörden

aber als aussichtslos eingeschätzt wird. Erklärtes Ziel ist es, bestehende Abschiebehindernisse zu beseitigen oder die Flüchtlinge sogar zur "freiwilligen Ausreise" zu drängen.

"Freiwillige Ausreise ist zynisch, die Realität wird so geradezu auf den Kopf gestellt", sagt Maria Wöste vom Göttinger Arbeitskreis

Asyl. Tatsächlich werde den

den Bewohner immer wieder von neuem ein Papier vorgelegt, in dem sie schriftlich ihre Bereitschaft zur Ausreise bekunden sollen. Verweigern sie dies, wird auch schon mal Druck ausgeübt. Betroffene berichten

über Kürzungen oder gar die Streichung des ohnehin kargen Taschengeldes, Ein-Euro-Jobs und andere kleinere Arbeitsmöglichkeiten würden ihnen vorenthalten.

Nach offiziellen Angaben funktioniert das Lager-System hervorragend. 358 Menschen seien im vergangenen Jahr aus Bramsche "zurückgeführt" worden, vermeldet stolz die niedersächsische Landesregierung als Betreiber des Lagers. 208 Flüchtlinge wurden in ihre Heimatländer abgeschoben, 55 wurden in aufnahmebereite Drittstaaten ausgeflogen, 95 reisten "freiwillig" aus.

Alle für die Asylsuchenden lebenswichtigen Einrichtungen und Behörden haben ihren Sitz oder wenigstens eine Außenstelle im Lager. Das Bundesamt für die Anerkennung von Flüchtlingen ist ebenso vertreten wie das Sozialamt, mittlerweile gibt es in Bramsche sogar eine kleine Lagerschule. Die Flüchtlinge können das Lager zwar durch eine kontrollierte Pforte

verlassen,

müssen aber immer wieder zurückkehren, um ihre Asylangelegenheiten zu regeln

und minimale soziale Ansprüche geltend zu machen. Unterkunft, Verpflegung, ambulante medizinische Versorgung und 40 Euro Taschengeld gibt es nur im Lager. Die gesetzliche Residenzpflicht beschneidet die Bewegungsfreiheit zusätzlich.

"Die Konzeption des Lagers befördert die soziale Isolation der Flüchtlinge und die Ghettoisierung nach außen", urteilt das Grundrechte-Komitee. Auch die

Landesregierung bestätigt, dass eine Integration der Betroffenen gar nicht beabsichtigt ist. Die Flüchtlinge würden deshalb in Lager eingewiesen, damit

sich ihr "unberechtigter Aufenthalt" nicht verfestige und verlängere, heißt

es in Hannover.

Trotz ihrer Isolierung haben Flüchtlinge in Bramsche immer wieder gegen ihre Lebensbedingungen aufbegehrt. Sie organisierten Blockaden der Lagerpforten und knüpften Kontakte zu Unterstützern außerhalb des Lagers. Im vergangenen

Jahr beklagten 40 tschetschenische Flüchtlinge in einem Offenen Brief ihre Lage. "Wir halten es nicht aus in diesem Lager hinter Stacheldraht, wir befinden uns alle am Rande des Zusammenbruchs", hieß es darin. "Wir kennen unsere Rechte nicht, man gibt uns keine Informationen". Eltern, volljährige und kleine Kinder müssten teilweise seit Monaten in einem einzigen Zimmer zusammen leben.

Die Inspektion des Lagers am 24. September soll die "staatlich gewollte Isolation und Desintegration der Flüchtlinge wenigstens für einen Tag unterbrechen", erklärt das Komitee für Grundrechte und Demokratie.

Treffpunkt

für Teilnehmer ist um 12 Uhr am Bahnhof Hesepe (www.nolager.de).

Reimar Paul